

Niederschrift über die Sitzung
am 06.07.2005

(gemeinsam mit dem Sozial- und Gesundheitsausschuss)

Tagungsort: Freizeitzentrum Stieghorst, Glatzer Str. 13 - 21, 33605 Bielefeld

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 18:10 Uhr

Anwesend:

für den JHA:

CDU-Fraktion

Frau Brinkmann
Herr Kögler
Herr Langeworth
Herr Scholten (stellv. Vorsitzender)

SPD-Fraktion

Frau Weißenfeld (Vorsitzende)
Frau Kopp-Herr
Herr Nockemann

Bündnis90/Die Grünen-Fraktion

Herr Bolte (für Frau Rathsmann-Kronshage)

Stimmberechtigte Mitglieder nach § 71 Abs.1 Nr. 2 SGB VIII,
§ 4 Abs. 1, 2, 4 AG-KJHG, § 3 Abs. 2 b der Satzung für das Jugendamt

Herr Potschies	AWO
Herr Adams	Der Paritätische
Frau Walczak	Ev. Gemeindedienst
Herr Frohloff	Ev. Jugend
Herr Gödde	Die Falken
Herr Lemhoefer	Sportjugend

Beratende Mitglieder nach § 71 Abs. 5 SGB VIII,
§ 5 Abs. 1, 3 AG-KJHG, § 3 Abs. 3 der Satzung für das Jugendamt

Herr Beig. Kähler	Dezernat 5, Leitung Jugendamt
Herr Grimm	Bielefelder Schulen
Herr Kläs	Beirat für Behindertenfragen
Herr Wandersleb	Ev. Kirche
Frau Puffer	BJR, Mädchentreff e.V.
Herr Gügen (für Herrn Tas)	Migrationsrat
Herr Nägler	Polizei Bielefeld

Entschuldigt fehlen

Frau Sonnenberg
Herr Tsapos

Ferner anwesend

Frau Voigt

für den SGA:

CDU-Fraktion

Frau Gemkow
Herr Langeworth
Frau Osthus
Herr Weber
Herr Dr. Zillies

stellv. Ausschussvorsitzender

SPD-Fraktion

Frau Böker-Scharnhölz
Frau Pohlreich
Herr Weber
Frau Weißenfeld

(bis 18:45 Uhr)

Bündnis90/Die Grünen-Fraktion

Frau Rathsmann-Kronshage
Frau Schwinning

Ausschussvorsitzende

BfB-Fraktion

Herr Vagt

FDP-Gruppe

Herr Buschmann

(bis 19:10 Uhr)

PDS-Gruppe

Frau Niemeyer

(ab 17:30 Uhr)

Beirat für Behindertenfragen

Herr Winkelmann

Migrationsrat

Frau Acar-Gökce

Seniorenrat

Frau Huber

Psychiatriebeirat

Herr Rühling

Weitere Teilnehmer

Herr Potschies
Herr Dr. Glück
Herr Radloff
Herr Hanke

Vertreter AGW
Bundesagentur für Arbeit
Arbeitplus in Bielefeld gGmbH
Arbeitplus in Bielefeld gGmbH

Von der Verwaltung

Herr Beigeordneter Kähler

Frau Krutwage

Frau Schröder

Frau Schulz

Herr Voßhans

Herr Kämper

Herr van den Brink (zu TOP 1)

Herr Epp

Herr Metzger

Frau Kleiner (zu TOP 1)

Herr Lewald

Dezernat 5

Amt für Planung und Finanzen JSW

Amt für Planung und Finanzen JSW

Zentraler Dienst JSW

Amt für Planung und Finanzen JSW

Amt für Planung und Finanzen JSW

Amt für Planung und Finanzen JSW

Dienstleistungszentrum JSW

Bauamt

Amt für Planung und Finanzen JSW

(Schriftführerin JHA)

Amt für Planung und Finanzen JSW

(Schriftführer SGA)

Zuhörer in der nichtöffentlichen Sitzung (§ 5 Abs. 4 GeschO):

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

JHA-Vorsitzende Frau Weißenfeld begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des JHA fest. Sie teilt mit, mit der SGA-Vorsitzenden Frau Rathsmann-Kronshage abgesprochen zu haben, dass diese die gemeinsame Sitzung leiten werde.

Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage übernimmt die Sitzungsleitung für die gemeinsame Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des SGA fest. Sie schlägt Änderungen zur Tagesordnung vor. Im Tagesordnungspunkt 6 soll ein Bericht von Herrn Dr. Glück zu vom Bund beabsichtigten Veränderungen bei den Zuständigkeiten der Arbeitsgemeinschaften von Bundesagentur für Arbeit und den Kommunen sowie ein Bericht des Ombudsrates über seine bisherige Arbeit eingefügt werden. Es gibt keine Einwände gegen diesen Vorschlag. Da es keine weiteren Änderungswünsche zur Tagesordnung gibt, stellt die Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage die Genehmigung der vorliegenden Tagesordnung fest.

Zu Punkt 1

Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen

hier: Regelungen zur Umsetzung der neuen Vertragsperiode 2006

Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage weist auf die vorliegende Beschlussvorlage und den ebenfalls vorliegenden gemeinsamen Antrag der Fraktionen von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und BfB vom 05.07.05 hin (s. **Anlage 1** zur Niederschrift). Sie schlägt vor, dass zunächst die Verwaltung die Beschlussvorlage erläutert, anschließend hierzu Fragen gestellt werden können und schließlich der gemeinsame Antrag der Fraktionen behandelt wird.

Beigeordneter Herr Kähler stellt einleitend die einzelnen Teile der Vorlage vor. Die Teile I und II der Vorlage stellen eine Revue der Historie der bisherigen Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen dar, die zeige, dass mit den Verträgen ein Schritt in die richtige Richtung gegangen worden sei, und wie sich dieses System entwickelt habe. Teil II gebe eine Übersicht über die Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen mit Informationen dazu, was im einzelnen gefördert wurde, in welcher Höhe die Förderung erfolgte, aber auch wie sich die Leistungen regional verteilen würden. In den Teilen III und IV würden die Überlegungen zu künftigen Grundlagen und zur künftigen Steuerung der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen vorgestellt. Diese basierten wesentlich auf der Weiterentwicklung des Berichtswesens und auf einer Neuausrichtung hin zu einer wirkungsorientierten Steuerung, mit der über die Parameter "Wirkungen" und "Ressourcen" nicht nur erbrachte Leistungen, sondern auch die hierdurch erzielten Effekte berücksichtigt würden. Hieraus ließen sich praxis- und handlungsorientierte Ergebnisse ermitteln. Wie Beigeordneter Herr Kähler ausführt, sollen hierzu zunächst Globalziele beschrieben und anschließend im dialogischen Verfahren konkretisiert werden.

Herr Voßhans führt ergänzend aus, dass der der Vorlage zu Grunde liegenden Konzeption Überlegungen vorausgegangen seien, wie, in welcher Höhe und in welcher Struktur die weitere Förderung erfolgen solle und welche Art von Steuerung hierfür nötig sei. Die Teile III und IV der Vorlage würden sich mit der möglichen Zukunft der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen befassen und enthielten den Vorschlag, die Förderung auf folgende 6 Leistungs- bzw. Förderungsbereiche aufzugliedern:

- Kinder- und Jugendförderung
- Familien- und Erwachsenenförderung

- Seniorinnen-/ Seniorenförderung
- Mädchen- und Frauenförderung
- Integrationsförderung
- Förderung bürgerschaftlichen Engagements und von Selbsthilfepotenzialen

Herr Voßhans betont, dass diese Aufgliederung in 6 Leistungs- bzw. Förderungsbereiche mit den Trägern abgestimmt worden sei. Die vorgeschlagene Aufgliederung erscheine transparenter und sei zudem dezernatsübergreifend verwendbar. In die neue Systematik ließen sich die bisherigen Verträge übertragen. Das System basiere auf einer wirkungsorientierten Steuerung, der Einbeziehung aller Leistungsbereiche und der Beschreibung der Zielsetzungen in Form eines "Bielefelder Leitbildes". Das "Bielefelder Leitbild" sei allgemein gehalten und bewusst global beschrieben, um nach einer positiven Beschlussfassung in detaillierte Planungen und Beratungen treten zu können.

Herr Voßhans informiert über die bereits erfolgten Beschlussfassungen im Beirat für Behindertenfragen, im Seniorenrat und im Fachbeirat für Mädchenarbeit. Im Beirat für Behindertenfragen sei zutreffend darauf hingewiesen worden, dass im Teil II auf Seite 89 die Zuordnungen der Angebote teilweise nicht stimmen würden. So seien die Stadtteilprojekte "Oberlohmannshof" und "Liebigstraße" der Gesellschaft für Sozialarbeit (GfS) als "Spielstuben" ausgewiesen worden. Dies werde noch korrigiert.

Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage bedankt sich sowohl bei der Verwaltung als auch den mitwirkenden freien Trägern für die im Zusammenhang mit der Vorlage geleistete Arbeit. Die Leistungs- und Finanzvereinbarungen hätten sich in der Vergangenheit bewährt, gleichwohl müsse geprüft werden, wie man diese weiter entwickeln könne.

Herr Potschies weist auf die Bilanz der AGW zu den Leistungsverträgen hin, die der Einladung zu dieser Sitzung als Anlage beigelegt war und stellt fest, dass es zu den Leistungsverträgen keine Alternative gebe. Die Leistungsverträge würden den Bürgerinnen und Bürgern, den Trägern, deren Beschäftigten und nicht zuletzt der Stadt Bielefeld Planungssicherheit geben. Ein Vergleich mit anderen Kommunen zeige, dass es nur wenige Kommunen gebe, die ein vergleichbares Leistungs- bzw. Förderungssystem hätten. Es sei wichtig, dieses System in Bielefeld zu bewahren.

Frau Weißenfeld hält die vorgeschlagene Aufgliederung in 6 Bereiche für durchaus richtig, fragt aber nach, wie flexibel bei den Zuordnungen in die einzelnen Bereiche vorgegangen werden könne. Beigeordneter Herr Kähler verweist hierzu zunächst auf den im Teil IV auf Seite 9 dargestellten "Kreislauf" und erläutert sodann die sich hieraus ergebenden Möglichkeiten. Herr Voßhans und Herr Kämper ergänzen dahingehend, dass es zwar in einigen Fällen sicherlich Überschneidungen bei den Einteilungen bzw. Zuordnungen geben könne, man sich in diesen Fällen jedoch mit den Trägern einigen werde. Die bisherige Zuordnung habe sich danach orientiert, wie das Hauptschwergewicht der kommunalen Förderung ausgerichtet gewesen sei.

Auf die Frage von Frau Acar-Gökce, warum die Vorlage noch nicht im Migrationsrat behandelt worden sei, antwortet Herr Voßhans, dass es hierbei terminliche Schwierigkeiten gegeben habe, da die Vorlage erst am 28.06.05 vom Verwaltungsvorstand der Stadt Bielefeld verabschiedet werden konnte. Er habe jedoch mit dem Interkulturellen Büro bereits abgestimmt, dass die Vorlage in der nächsten Sitzung des Migrationsrates behandelt werden solle.

Herr Weber (CDU) bedankt sich im Namen seiner Fraktion für die Vorlage, die

nach Inhalt und Umfang übersichtlich und gut strukturiert sei. Allerdings würden die vorgeschlagenen zeitlichen Vorgaben eine eingehende Beratung zum jetzigen Zeitpunkt ausschließen und seine Fraktion würde noch Zeit benötigen, um inhaltliche Entscheidungen treffen zu können.

Herr Weber (SPD) bedankt sich ebenfalls im Namen seiner Fraktion für die Vorlage und stellt ebenso fest, dass mehr Zeit zur inhaltlichen Auseinandersetzung benötigt werde. Wichtig sei jetzt ein Signal an die Träger und Einrichtungen, dass ihre Arbeit bis zum 31.12.06 gesichert werde. In den nächsten Monaten müsse detailliert und in fairem Dialog das System der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen weiter entwickelt werden.

Frau Schwinning legt Wert darauf, im Rahmen des weiteren Prozesses Zielmarken zu setzen, die überprüfbar seien.

Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage bittet Frau Weißenfeld den vorliegenden Antrag der Fraktionen vom 05.07.05 zu begründen. Wie Frau Weißenfeld darlegt, seien die Leistungsverträge wichtig und deshalb ihre Weiterführung geboten. Die Leistungsverträge würden auch Sicherheiten für die Politik schaffen. Aufgrund der Zielsetzung, ein geordnetes Haushaltssicherungskonzept in die Wege zu leiten und vor dem Hintergrund der auf Ebene der Landesförderung möglichen Veränderungen erscheine es sinnvoll, die am 31.12.05 endenden Leistungsverträge um ein Jahr bis zum 31.12.06 zu den geltenden Konditionen zu verlängern. Hiermit würde zunächst allen Betroffenen Sicherheit gegeben. Neben der Vertragsverlängerung sei es aber unverzichtbar, möglichst schnell, am besten gleich nach den Sommerferien 2005, in die weiteren Beratungen über die künftigen Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen einzusteigen.

Frau Huber teilt mit, dass sich der Seniorenrat am Vormittag mit der Angelegenheit beschäftigt und sie autorisiert habe, folgende Erklärung abzugeben: Der Seniorenrat stimmt einer Verlängerung der Leistungsverträge um ein Jahr zu. Bei der Gestaltung neuer Verträge bittet der Seniorenrat aufgrund der demografischen Entwicklung eingebunden zu werden.

Frau Walczak plädiert für einen längeren Vertragslauf. Schließlich könnten auch längerfristige Verträge vorzeitig gekündigt werden. Wenn jedoch nunmehr der Beschluss gefasst würde, die bestehenden Verträge nur um ein Jahr zu verlängern, sollte die einjährige Laufzeit eine Ausnahme bleiben.

Frau Weißenfeld betont, dass eine einjährige Laufzeit der Verträge auch aus Sicht Ihrer Fraktion nur eine Ausnahme darstellen würde.

Herr Potschies begrüßt die Äußerungen der Fraktionen und bewertet deren Willen, die Leistungsangebote zumindest kurzfristig sicher zu stellen, positiv. Mit einer Zustimmung zum fraktionsübergreifenden Antrag würde sich die inzwischen innerhalb der Einrichtungen herrschende Unruhe legen. Herr Potschies legt aber Wert darauf, dass, sofern die einjährige Verlängerung beschlossen werden sollte, schnell die inhaltliche Diskussion aufgenommen und ein verbindlicher Zeitplan vereinbart werde, damit es in Zukunft keinen Rückfall in frühere Zeiten mit nur jährlicher Finanzierung gebe.

Herr Wandersleb stellt die Bedeutung einer verbindlichen Beschlussfassung über die Zukunft der Leistungsverträge bis spätestens 30.06.06 heraus und schlägt zudem vor, den fraktionsübergreifenden Antrag im Punkt 1 um das Wort "ausnahmsweise" zu ergänzen. Aus Sicht der Vorsitzenden Frau Rathsmann-Kronshage ist eine solche Ergänzung nicht erforderlich, da sich in

den vorherigen Wortbeiträgen deutlich gezeigt habe, dass die Vertragsverlängerung um ein Jahr eine einmalige Angelegenheit sein werde.
Vorsitzende Frau Rathsmann-Kronshage stellt den fraktionsübergreifenden Antrag vom 05.07.05 zur Abstimmung. Der SGA fasst folgenden Beschluss:

Beschluss:

1. **Die bestehenden Leistungsverträge werden um ein Jahr bis zum 31.12.2006 zu den geltenden Konditionen verlängert.**
2. **Zur Bewertung der Teilergebnisse der wirkungsorientierten Steuerung und zur Entwicklung von Perspektiven der Förderung befassen sich die zuständigen Ausschüsse bis Ende des ersten Quartals 2006 mit den vorliegenden Unterlagen. Es ist beabsichtigt, spätestens bis zum 30.06.2006 einen Beschluss über die Weiterführung der Leistungsverträge zu fassen, um den Trägern die notwendige Planungssicherheit für die Folgejahre geben zu können.**
3. **Die Verwaltung wird gebeten, die Träger entsprechend zu informieren.**

- einstimmig beschlossen -

* Sozial- und Gesundheitsausschuss - 06.07.2005 - öffentlich - TOP 1 *

Vorsitzende Frau Weißenfeld stellt den fraktionsübergreifenden Antrag vom 05.07.05 zur Abstimmung. Der JHA fasst folgenden Beschluss:

Beschluss:

1. **Die bestehenden Leistungsverträge werden um ein Jahr bis zum 31.12.2006 zu den geltenden Konditionen verlängert.**
2. **Zur Bewertung der Teilergebnisse der wirkungsorientierten Steuerung und zur Entwicklung von Perspektiven der Förderung befassen sich die zuständigen Ausschüsse bis Ende des ersten Quartals 2006 mit den vorliegenden Unterlagen. Es ist beabsichtigt, spätestens bis zum 30.06.2006 einen Beschluss über die Weiterführung der Leistungsverträge zu fassen, um den Trägern die notwendige Planungssicherheit für die Folgejahre geben zu können.**
3. **Die Verwaltung wird gebeten, die Träger entsprechend zu informieren.**

- bei sechs Enthaltungen beschlossen -

* Jugendhilfeausschuss - 06.07.2005 - öffentlich - TOP 1 *

Rathsmann-Kronshage
(Vorsitzende SGA)

Weißenfeld
(Vorsitzende JHA)

Lewald
(Schriftführer SGA)

Kleiner
(Schriftführerin JHA)

Hinweis: Es gibt keinen nichtöffentlichen Teil !